



Der Vorsitzende des  
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen,  
Kinder, Familie  
der Stadtverordnetenversammlung  
Amt der Stadtverordnetenversammlung  
E-mail: [stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de](mailto:stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de)  
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden  
Telefon (0611) 31-4554  
Telefax (0611) 31-3902  
Sachbearbeiterin: Frau Wenzel

Wiesbaden, 06.09.2023

1. Den Mitgliedern des  
Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich  
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

## Einladung

zur öffentlichen Sitzung  
des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie  
am Mittwoch, 13. September 2023, um 17:00 Uhr,  
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

## Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift über die Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie am 28.06.2023

2. **23-F-15-0019**

Jobcenter in seiner jetzigen Form nicht gefährden!  
- Antrag der Fraktion Freie Wähler/Pro Auto vom 04.09.2023 -

Die Bundesregierung möchte, dass ab 2025 büroergeldbeziehe Jugendliche zwischen 15 und 25 Jahren in arbeitsmarkt- und ausbildungsrelevanten Fragen nicht mehr von Jobcentern, sondern zentral von der Bundesagentur für Arbeit betreut werden. Dies wird sich auch auf Wiesbaden auswirken.

Die damit einhergehende Änderung der Zuständigkeit für diese Altersgruppe ist vor einigen Wochen im Bundeskabinett ohne vorherige Mitwirkung von Kommunen oder ihren Interessenverbänden beschlossen worden. (<http://www.bmas.de/DE/Arbeit/Grundsicherung-Buergergeld/Leistungen-und-Bedarfe-im-Buergergeld/Informationen-nach-Zielgruppen/zielgruppe-sgb-2-junge-menschen.html>)

In der Praxis würde die bis heute umfassende Unterstützung der erwähnten Altersgruppe durch das kommunale Jobcenter in Wiesbaden, das sich umfänglich auf regionale Netzwerke stützen kann, nachhaltig untergraben werden. Hierbei ist zu berücksichtigen, dass sich in den letzten Jahren im Jobcenter eine Fachkompetenz aufgebaut hat, die ihre Kunden individuell mit der Hilfe von vor Ort ansässigen einschlägigen Einrichtungen beraten kann und nunmehr wegfallen wird. Auch steht diese Zuständigkeitsänderung mit dem gerade erst in Kraft getretenen Bürgergeld im Konflikt, mit welchem die Förderung von kommunalen Jobcentern ausgebaut werden sollte.

Der Ausschuss möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten,

1. welche Auswirkungen das geplante Vorhaben zu den folgenden Punkten konkret für Wiesbaden hat:
  - a) Was geschieht mit den Beschäftigten in den kommunalen Jobcentern, die für die Betreuung Jugendlicher zuständig sind? Wird befürchtet, dass durch die neue Regelung Arbeitsplätze wegfallen? Wenn ja, wie viele Arbeitsplätze wären konkret betroffen?
  - b) Ist mit einem finanziellen Schaden - in Frankfurt sind dies 14 Millionen Euro (FAZ vom 29.08.23) - für die Landeshauptstadt Wiesbaden zu rechnen? Wenn ja, wie hoch ist dieser einzuschätzen?
  - c) Wie ist die Umorganisation mit dem ganzheitlichen Vermittlungsansatz des SGB II (Bürgergeld) in Einklang zu bringen?
2. welche Netzwerke zur Unterstützung der erwähnten Altersgruppe konkret mit dem Jobcenter zusammenarbeiten oder welche außerstädtischen Einrichtungen daran beteiligt sind. Werden Alternativen zu den kommunalen Jobcentern angeboten? Gibt es schon Reaktionen der Hilfeempfänger? Wenn ja, welche?
3. um wie viele junge Menschen der erwähnten Altersgruppe sich das Jobcenter in den letzten 5 Jahren in etwa durchschnittlich gekümmert hat bzw. kümmern musste.

### 3. 23-F-69-0056

Kurzfristige Lösungsmöglichkeiten bei der Finanzierung von Trägern von Betreuungsplätzen  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 06.09.2023 -

Zahlreiche Hilferufe sprechen für sich: Immer mehr Träger von Betreuungsangeboten (Krippe, KiTa, Hort) stehen vor der Herausforderung, zukunftsfähig aufgestellt zu sein - Wirtschaftlichkeit und qualifizierte hochwertige Betreuung sollten sich nicht ausschließen. Insbesondere pauschal finanzierte Träger (z.B. Elterninitiativen) haben durch die zuletzt massiv gestiegenen Kosten aktuell bereits ein großes Problem.

Auch der Mangel an Tagesmüttern in Wiesbaden ist ein brisantes Problem, für das längst Lösungsmöglichkeiten existieren, die bisher aber noch nicht umgesetzt oder angegangen worden sind.

*Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten,

1. kurzfristige Lösungsmöglichkeiten für die bereits bestehenden Finanzierungsprobleme zu finden, damit alle bestehenden Betreuungsangebote weiterhin erhalten bleiben können. Die Lösungsmöglichkeiten sollen in der nächsten Sitzung des Sozialausschusses präsentiert werden.
2. eine Anpassung der Zuschussmodelle an die aktuellen Umstände in den Haushaltberatungen zu berücksichtigen.

#### **4. 23-F-22-0026**

Benachteiligung von Schwerbehinderten bei der Wiesbadener Weinwoche künftig verhindern  
- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 06.09.2023 -

Während der Rheingauer Weinwoche ist es jedes Jahr üblich, dass alle Inhaber von ESWE-Fahrkarten - einschließlich Schwerbehinderter - am ESWE-Stand einen Gutschein für ein Glas Wein bekommen. So auch bei der diesjährigen 46. Rheingauer Weinwoche, bis auf eine Ausnahme: Schwerbehinderte haben dieses Jahr erstmalig keinen Gutschein am ESWE-Stand erhalten.

*Der Ausschuss Soziales, Integration, Wohnen, Kinder und Familie möge beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten,

1. zu berichten, aus welchen Gründen Schwerbehinderte dieses Jahr erstmalig keinen Gutschein für ein Glas Wein bei der Rheingauer Weinwoche am Stand von ESWE erhalten haben.
2. dafür Sorge zu tragen, dass bei zukünftigen Weinfesten diese Gruppe wieder die gleichen Vergünstigungen/Gutscheine erhält.

#### **5. 23-F-69-0061**

Situation der KiTas der evangelischen Kirche nach den öffentlichen Ankündigungen der EKHN  
- Antrag der Fraktionen FDP, CDU und BLW/ULW/BIG vom 06.09.2023 -

Der Presseberichterstattung war zu entnehmen, dass die Evangelische Kirche in Hessen und Nassau (EKHN), die ca. 600 Kitas betreibt, einen rigiden Sparkurs ankündigt und dabei auch eine Abgabe ihrer KiTas und einen Verkauf der Immobilien nicht ausschließt.

*Der Ausschuss möge daher beschließen:*

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. wie viele Wiesbadener KiTas sich in Trägerschaft der EKHN befinden.
2. wie viele Betreuungsplätze diese zur Verfügung stellen.
3. ob dem Magistrat Anhaltspunkte für anstehende Einschnitte im KiTa-Angebot der EKHN vorliegen oder EKHN-Immobilien zum Kauf angeboten wurden.
4. welche Schritte der Magistrat ergreift, um im Falle von Schließungen einzelner EKHN-KiTas das Betreuungsangebot zu gewährleisten.

**6. 23-V-06-0001**

Neubau Moritz-Lang-Haus  
- Präsentation der Umplanungen des Baus durch die WiBau -

*- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 12.09.2023 -*

**7. 23-I-30-0009**

**ANLAGE**

Namensänderung des „Internationalen Sommerfest“  
- Beschluss Nr. 0038 des Ausländerbeirates vom 12.07.2023 -

**8. 23-A-79-0005**

**ANLAGE**

Handlungsprogramm Jugend ermöglichen  
- Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 24.05.2023 -

**9. 23-A-79-0006**

**ANLAGE**

Haushalt 2024/2025  
- Beschluss des Jugendhilfeausschusses vom 24.05.2023 -

**10. 23-A-79-0008**

**ANLAGE**

Übertragung der Förderung von unter 25-Jährigen vom SGB II ins SGB III ab 01.01.2025  
- Beschluss Nr. 10/2023 des Jugendhilfeausschusses vom 19.07.2023 -

**11. 23-A-79-0001**

Aktuelle Entwicklungen im Sozial-, Integrations- und Wohnbereich

## 12. Verschiedenes

### Tagesordnung II

1. **14-F-33-0072** **DL 18/23-1, 20/22-1, 30/21-1**  
  
Kooperationsprojekt HaLT!  
- Antrag der Fraktionen von CDU und SPD vom 24.06.2014 -  
- Bericht des Dezernates VII vom 31.07.2023 -
  
2. **21-F-69-0007**  
  
Behinderten die Teilhabe am öffentlichen Leben wieder ermöglichen  
- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 27.10.2021 -  
- Bericht des Dezernates VI vom 07.07.2023 -  
  
*- Der Magistratsbericht steht in PIWi unter dem Vorgang zur Verfügung -*
  
3. **23-F-63-0043** **DL 19/23-1**  
  
Bündnis gegen Armut  
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 15.03.2023 -  
- Bericht des Dezernates VI vom 29.08.2023 -
  
4. **23-F-63-0044** **DL 18/23-3**  
  
Kostenlose Menstruationsprodukte in Gemeinschaftsunterkünften der Landeshauptstadt  
Wiesbaden zur Verfügung stellen  
- Antrag der Fraktionen von Bündnis 90/Die Grünen, SPD, DIE LINKE. und Volt vom 14.02.2023 -  
- Bericht des Dezernates VI vom 31.07.2023 -
  
5. **23-F-69-0022**

Finanzielle Wohnraumförderung

- Antrag der Fraktionen CDU, FDP und BLW/ULW/BIG vom 26.04.2023 -

- Bericht des Dezernates VI vom 12.06.2023 -

*- Der Magistratsbericht steht in PIWI unter dem Vorgang zur Verfügung -*

- |     |   |                    |
|-----|---|--------------------|
| 6.  | <b>23-V-06-0004</b>   | <b>DL 18/23-6</b>  |
|     | Evaluationsbericht Arbeit Neu Denken  |                    |
| 7.  | <b>23-V-06-0005</b>   | <b>DL 19/23-4</b>  |
|     | Wirtschaftsplan 2024/2025 der Altenhilfe Wiesbaden GmbH (AHW)   |                    |
| 8.  | <b>23-V-33-0001</b>   | <b>DL 18/23-18</b> |
|     | 1. Zwischenbericht zum Handlungsprogramm Inneres Westend  |                    |
| 9.  | <b>23-V-33-0002</b>   | <b>DL 18/23-19</b> |
|     | Personalbedarf Amt 33   |                    |
| 10. | <b>23-V-51-0017</b>   | <b>DL 18/23-24</b> |
|     | Bedarfsgerechter Ausbau Schulsozialarbeit an Haupt- und Realschulen und Wilhelm-Leuschner-Schule        |                    |
| 11. | <b>23-V-51-0025</b>   | <b>DL 18/23-25</b> |
|     | Sicherung des Rechtsanspruchs - Verbesserung der Vergütung für Tagespflegepersonen in Wiesbaden in 2023 |                    |
| 12. | <b>23-V-51-0027</b>   | <b>DL 19/23-10</b> |
|     | Handlungsstrategie Chancen für herkunftsbenachteiligte junge Menschen                                   |                    |
| 13. | <b>23-V-51-0031</b>   | <b>DL 18/23-26</b> |

Seite 7 der Einladung zur Sitzung des Ausschusses für Soziales, Integration, Wohnen, Kinder, Familie  
am 13. September 2023

Ausbau der Kinderbetreuung in Wiesbaden 48/90; Verlängerung der Anmietung der  
Containeranlage Heerstraße in Nordenstadt als Interimslösung für die AWO Kindertagesstätte  
Otto Witte

**14. 23-V-51-0035** **DL 19/23-11**

Bericht "Tagesbetreuung für Kinder 2022/2023"

**15. 23-V-51-0040** **DL 19/23-12**

Neue Satzung Kindertagespflege - Verbesserung der Vergütungsstruktur

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung  
gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte  
zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

**Sebastian Rutten**  
Vorsitzender